Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 589 — Jahrgang 211

Bezugspreis: für Hall. und Vororte monatlich Mk. 1,75, vierteljährlich Mk. 4,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk 4,00 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5606 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Sonntag-Ausgabe

Sonntag, 17. November

Anzeigenpreis: einspalt. Zeile 25 Pfg., auswärtige 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei verbindlicher Kasse.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6296. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Eine würdige Antwort

Telegrammwechsel zwischen Foch und Hindenburg

Berlin, 16. November.

Marschall Foch hat an die deutsche Oberste Heeresleitung folgendes Telegramm gerichtet:

„Aus Auskünften, welche der Obersten Heeresleitung der Verbündeten zugegangen sind, geht hervor, daß an verschiedenen Stellen, besonders in Belgien, und hier wieder besonders in Brüssel, seitens der deutschen Truppen Gewalttätigkeiten der Bevölkerung gegenüber, Zerstörungen und Plünderungen geschehen, alles Handlungen, die durchaus im Gegensatz zu den Waffenstillstandsbedingungen stehen. Die Oberste Heeresleitung der Verbündeten rechnet damit, daß die deutsche Oberste Heeresleitung ohne Säumen alle Maßnahmen ergreifen wird, um diesen Verletzungen des unterzeichneten Abkommens Einhalt zu tun. Wenn diese Handlungen nicht in ganz kurzer Zeit aufhören, wird sich die Oberste Heeresleitung der Verbündeten verpflichten, Anordnungen zu treffen, um diesen ein Ende zu machen."

Die deutsche Oberste Heeresleitung hat darauf geantwortet:

„Die deutschen Bevollmächtigten haben bei den Besprechungen schriftlich und mündlich immer wieder auf das eindringlichste betont, daß die Ausführung der unerhörten und technisch undurchführbaren Bedingungen Ausschreitungen unausbleiblich zur Folge haben werde. Die Schuld für diese Ausschreitungen fällt somit jetzt und in Zukunft ausschließlich der alliierten Heeresleitung zu. Gegen diese zu Unrecht erhobenen Vorwürfe erhebt die deutsche Oberste Heeresleitung Protest und betont erneut, daß die weitere Verfolgung der bisherigen Methode seitens der alliierten Heeresleitung wirksame Maßnahmen zum Schutze der eigenen wie der feindlichen Bevölkerung, sowie für Schutz und Versorgung der eigenen Truppen unmöglich macht. Sie regt erneut an, daß der Waffenstillstand in einem Geiste durchgeführt wird, der die Wahrung der Menschlichkeit bei Freund und Feind nicht ausschließt. Zur Sache selbst bemerkt die deutsche Oberste Heeresleitung, daß es sich nach ihr gewordenen Nachrichten meistens um Ausschreitungen der Bevölkerung gegen die wohlhabenden Klassen, ebenso wie gegen deutsche Soldaten handelt."

Die Auslieferung beginnt

London, 16. November.

Das Reutersche Büro erfährt: Der deutsche Kreuzer „Königsberg", unter dem Befehl des Admirals Meurer, mit der aus drei Marineoffizieren und vier Mitgliedern des Matrosen- und Soldatenrates bestehenden Kommission an Bord, wird heute abend am Treffpunkt vor dem Firth of Forth mit dem britischen Oberkommandierenden, der von französischen und amerikanischen Schiffen begleitet sein wird, zusammenkommen, um die Einzelheiten der Auslieferung der Ueberwasserschiffe und U-Boote zu vereinbaren. Die zehn auszuliefernden Schlachtschiffe werden wahrscheinlich folgende sein: „Kaiser", „Prinzregent Luitpold", „Kaiserin", „König Albert", „Markgraf", „Kronprinz Wilhelm", „Großer Kurfürst", „Bayern", „Friedrich der Große" und „König". Außerdem sechs Panzerkreuzer, nämlich: „Derfflinger", „Hindenburg", „Von der Tann", „Seydlitz", „Moltke" und noch ein anderer. Unter den auszuliefernden leichten Kreuzern werden sich der „Brummer" und die „Bremse" befinden. Die seit Beginn des Waffenstillstandes in Schweden internierten deutschen U-Boote müssen den Alliierten übergeben werden. Außerdem wurden Vorkehrungen zur Uebernahme aller deutschen Schiffe im Schwarzen Meere getroffen.

*

Stockholm, 16. November.

Wie das schwedische Marineamt mitteilt, ist gestern abend das deutsche Panzerschiff „Beowulf" in den Stockholmer Schären gesichtet worden. Es hat außerhalb des Kriegshafens Anker geworfen. Ein schwedisches Torpedoboot wurde ausgesandt, um sich nach seinen Absichten zu erkundigen.

Weitere Bedrückung der Türkei

(Eigene Drahtmeldung.)

Rotterdam, 16. November.

Reuter meldet aus London, daß die Entente von der Türkei weitere Sicherungen verlangen werde. So soll die Türkei ganz Mesopotamien räumen, die gesamte Artillerie und Munition ausliefern und ihre Truppen in die Stellungen vor Kriegsausbruch zurückziehen. Weiter wird die Herausgabe von Syrien verlangt, die Abrüstung der Flotte bis zum 15. November und die Ablieferung der Schiffsartillerie und Munition bis zum 19. November.

*

Die Auslieferung der österreichisch-ungarischen Seestreitkräfte hat begonnen. Die meisten der großen Panzerkreuzer sind dem italienischen Admiral bereits übergeben worden. Auf ihnen ist die italienische Flagge gehißt. Die italienische Presse ist mit der Auslieferung der im Waffenstillstandsvertrage genannten Schiffe nicht einverstanden, sondern verlangt die Abgabe der gesamten Flotte der ehemaligen Doppelmonarchie.

Auf Anordnung des Soldatenrates.

Halle, den 15. November 1918.

Der Soldatenrat hat bisher für Ruhe und Ordnung gesorgt. Er wird auch weiterhin dafür sorgen. Er wird die gemeinsame freie Arbeit aller Kreise sichern, wird jedoch verhindern, daß irgendwelche Kreise mit der neuerrungenen Freiheit Mißbrauch treiben.

Wir warnen Jeden, auch die Presse, durch gewissenlose Hetzartikel, das herbeizuführen, was wir verhindern wollen, nämlich den Bürgerkrieg.

Der Soldaten- und Arbeiterrat zu Halle.

J. C. II. 2319.

Zum Stillstand des Schlachthofbetriebes

Der Arbeiterrat fordert uns zum Abdruck des folgenden Artikels auf:

Da Ihr Aufsatz „Der Schlachthofbetrieb steht still" in Nr. 584 geeignet ist, die Bevölkerung der Stadt Halle zu beunruhigen, die Tätigkeit des A.- und S.-Rates aber darauf gerichtet ist, unbegründete Beunruhigung möglichst fernzuhalten, sei folgendes festgestellt:

Tatsache ist, daß der städtische Schlachthof am Donnerstag wegen Kohlenmangels stillag. Der Mangel trat jedoch ein, da infolge der Verkehrsschwierigkeiten einige für den Schlachthof bestimmte Waggon Kohlen nicht schnell genug nach Halle herankamen. Nachdem diese Stockung im Eisenbahnverkehr überwunden war, ist der Betrieb im Schlachthof sogleich wieder aufgenommen worden. Eine Gefährdung der Ernährung ist nicht eingetreten. Grund zur Beunruhigung liegt nicht vor, zumal die A.- und S.-Räte des Bezirks Merseburg sich um die Aufrechterhaltung und Steigerung der Kohlenförderung bemühen und demnächst bevorzugte Zuweisung von Arbeitskräften aus den Reihen entlassener Soldaten an die Kohlenschächte stattfinden wird.

Der Kohlenmangel ist übrigens keine Erscheinung, die erst während des neuen Regimes zutage getreten ist, sondern er besteht — wie auch der Bürgerschaft bekannt sein wird — seit langem in immer stärker werdendem Maße. Wenn in Halle selbst in den städtischen Betrieben so geringe Mengen Kohle vorrätig waren, daß eine kurze Arbeitsruhe und gesteigerte Transportschwierigkeiten unangenehme Folgen zeitigten, so ist das der denkbar schärfste Vorwurf für die alten, gestürzten Mächte, die alles für die Kriegswirtschaft einsetzten noch zur Zeit des militärischen Zusammenbruchs, während sie die Volkswirtschaft und das Volk um so mehr entbehren ließen (auch die Kohle).

Die Gassperre ist durch die Arbeitsruhe nicht veranlaßt worden. Erstens wurde sie bereits am Freitag bekannt gemacht, also vor dem Eintritt der Arbeitsruhe. Zweitens verarbeitet die Gasanstalt meist Steinkohlen, die aus Westfalen und Schlesien kommen und mindestens acht Tage unterwegs sind.

Anwürfe, die politischer Hetzarbeit dienen sollen, berühren den Arbeiterrat nicht.

Kilian, Vors. des Arbeiterrats.

*

Obwohl dieser Artikel, der eine Entgegnung auf einen Artikel der Redaktion über den Stillstand des Schlachthofbetriebes darstellen soll, nicht den Anforderungen des § 11 des Preßgesetzes entspricht, wurden wir zur Aufnahme desselben gezwungen. Nach § 11 des Preßgesetzes darf eine Erwiderung sich nur auf tatsächliche Angaben beschränken, während der vorstehende Artikel eine parteipolitische Polemik enthält, die den Interessen der radikalen Sozialdemokratie dient. Da dem Verfasser des Artikels, der sozialdemokratischer Redakteur ist, das Preßgesetz genau bekannt sein muß, hat der Arbeiterrat hier eine bewußte Uebertretung eines von der sozialdemokratischen Reichsregierung anerkannten, also auch für Halle maßgebenden Gesetzes, begangen. Ueberdies hat die Reichsregierung jegliche Zensur abgeschafft. Unsere Leser mögen daraus ersehen, welche Achtung die hiesige Sozialdemokratie vor den Reichsgesetzen bekundet.

A.- und S.-Räte in der „Halleschen Zeitung"

Gestern mittag gegen 1 Uhr erschienen in unserer „Halleschen Zeitung" vier Mitglieder des Soldaten- und ein Mitglied des Arbeiterrates. Letzteres war der sozialdemokratische Redakteur Kilian vom „Volksblatt" in Halle. Die Herren entrüsteten sich über unsern Artikel „Sozialdemokratische Raub-Instinkte", bezeichneten den Inhalt desselben als sachlich falsch, nannten ihn eine „Unverschämtheit" und forderten, daß die „Hallesche Zeitung" diesen Artikel widerrufe und sich entschuldige.

Verlag und Schriftleitung ersuchten darauf die erschienenen Mitglieder des A.- und S.-Rates um den konkreten Nachweis der sachlichen Unrichtigkeit des Artikels, worauf die Herren jedoch garnicht eingingen. Darauf wurde von uns die Forderung eines Widerrufes und der Entschuldigung abgelehnt und der Anwurf der Unverschämtheit mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Nachdem die Herren erkannt zu haben schienen, daß ihr Angriff auf diesen Artikel der sachlichen Grundlagen entbehrte, verließen sie dies Gebiet und übergaben uns eine öffentliche Bekanntmachung des A.- und S.-Rates, die auf besondere Anordnung auf der ersten Seite des Hauptblattes gebracht wird.

Die Veröffentlichung dieser Bekanntmachung wurde in der gestrigen Abend-Ausgabe gefordert, und als wir erklärten, daß dies technisch nicht mehr möglich sei, da die erste Seite bereits abgeschlossen wäre, sprachen die Herren das Verbot der gestrigen Abend-Ausgabe der „H. Z." aus. Erst nach längerer journalistisch-technischer Belehrung von unserer Seite waren die Herren bereit, das Verbot, dessen Berechtigung sie auf die gegenwärtige Machtvollkommenheit der Räte stützten, wieder aufzuheben.

•

Die Oeffentlichkeit kann aus diesem, wenn schon sehr kurzen Bericht ersehen, in welcher Weise rechtsstehende Zeitungen die neue „Freiheit" zu spüren bekommen. Obwohl die gesamte Zensur abgeschafft ist, ist die Behandlung der Zeitungen selbst in den Zeiten des strengsten Zensurregiments unter Bethmann Hollweg nie so unerhört gewesen, als jetzt. Wir kommen hierauf zurück.

Keine Kriegsentschädigung?

Eigene Drahtmeldung.

Lugano, 16. November.

Wie der Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera" erfährt, will die Entente auf eine Kriegsentschädigung verzichten. Des weiteren soll eine Milderung der den Mittelmächten auferlegten Waffenstillstandsbedingungen in Erwägung gezogen werden, vorausgesetzt, daß die Sicherungen für die Ausführung der Friedensbedingungen ausreichen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191811171-14/fragment/page=0001

Zur Versorgung Deutschlands

Eigene Drahtmeldung.

Rotterdam, 16. November.

Die Besprechung über die Lebensmittelversorgung Deutschlands nimmt nächste Woche in London ihren Anfang. Der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Hoover wird am Donnerstag nächster Woche in London erwartet.

Die einzige Erleichterung der mörderischen Bedingungen, die unsere Feinde bisher zugestanden haben, ist das Versprechen, uns, soweit sie es für nötig erachten, mit Lebensmitteln zu versorgen. Wilson hat sich bereit erklärt, die Ueberlassung solcher Zufuhren zu erwägen, amerikanische Komitees, die sich damit befassen sollen, sind in der Bildung begriffen. Dem steht aber der feste Entschluß Amerikas und seiner Verbündeten gegenüber, **mit einem in Anarchie aufgelösten** und durch seine Auflösung die Sicherheit im übrigen Europa bedrohenden Deutschland **weder zu verhandeln, noch Frieden zu schließen**; daß dann auch von einer Unterstützung mit Lebensmitteln nicht die Rede sein könnte, versteht sich von selbst. Die einzige Möglichkeit, tötlichem Hunger, der die Opfer des Krieges nachträglich noch grausig vernehmen müßte, zu entgehen, würde uns also genommen, wenn es den Umtrieben böswilliger Elemente gelänge, die begreifliche Verwirrung der Uebergangszeit für ihre Pläne gewaltsamer Zerstörung und Auflösung auszunutzen.

Wie eine Berliner Korrespondenz an zuständiger Stelle hört, sind die Verhandlungen über die Höhe der **für Deutschland benötigten Lebensmittel** auf Grund eines vom Kriegsernährungsamt **aufgestellten Verbrauchsplanes** jetzt abgeschlossen worden. Danach werden nach Deutschland im Monat geliefert werden: 75 000 Tonnen Fette, 150 000 Tonnen Fleisch und 230 000 Tonnen Getreide. Der Plan der Entente, für die Lebensmittelversorgung der Mittelmächte und im übrigen der ganzen Welt deutsche Schiffe zu chartern, ist zur Zeit noch Gegenstand von Verhandlungen, da der Punkt der Waffenstillstandsbedingungen, der die Möglichkeit zuläßt, daß deutsche Schiffe auch weiterhin gekapert werden können, einem solchen Plan entgegenstehen würde. Es ist für die allernächste Zeit ein Schritt der **deutschen Regierung** zu erwarten, der um Aufhebung dieser Bestimmung ersucht. Die Vermittlung der Charterung wird sodann nicht das Demobilisierungsamt, sondern das Kriegsernährungsamt in die Hand nehmen.

Die schwedische Presse unterstreicht die Tatsache, daß die **Entente mit der bolschewistischen Regierung in Deutschland keinen Frieden schließen** und keine Beziehungen unterhalten wolle. So schreibt „Dagens Nyheter": Präsident Wilson hat in seiner Botschaft an den Kongreß am Dienstag deutlich verstehen lassen, daß die Alliierten nicht die Unterschrift von Bolschewiki-Diktatoren beim Friedensvertrag anerkennen. Nach dem Frieden wird Deutschland so abhängig vom Import an Rohmaterialien aus den Ländern der Alliierten in bezug auf seinen Außenhandel sein, daß nicht viel Scharfsinn nötig ist, um zu begreifen, daß Anarchie nationalen Selbstmord bedeuten würde.

Die Versorgung der Mittelmächte

London, 16. November.

Arthur Henderson wies in einer Rede in Eastham auf die **Pflicht der Alliierten** hin, den geschlagenen Feind mit Lebensmitteln zu versorgen. Er sagte, es freue ihn, mitteilen zu können, daß bereits Beamte aus England abgereist seien, um einer Konferenz beizuwohnen, die sich in erster Linie mit der Lebensmittelversorgung und dann auch mit den Lieferungen von Rohstoffen beschäftigen würde, die nötig seien, um den Menschen Arbeit zu verschaffen. Bei den letzten Wahlen sei es den Arbeitern nicht gelungen, die Vertretung zu erhalten, die sie erwartet hatten. Er warne sie aber vor den Ideen, die in einigen Ländern des Kontinents vorherrschen, und vor dem Versuche, ihre Ziele mit anderen Mitteln zu erreichen. Er werde als Führer die Versuche in dieser Richtung bekämpfen. Er glaube an die parlamentarische Vertretung. Er erkläre ferner, das diejenigen, die die Kriegsgesetze verletzt hätten, vor einem Gericht angeklagt werden sollten. Er sei aber nicht dafür, daß man einen U-Boot-Kommandanten anklage, während der Kaiser frei bleibe, oder daß ein General von der Front vor die Schranken des Gerichts gebracht werde, während der Kronprinz frei ausgehe. Man müßte an der Spitze beginnen.

Die deutsche Nationalversammlung

Eigene Drahtmeldung.

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, ist der Entwurf für die Wahlen zur gesetzgebenden Nationalversammlung im Reichsamt des Innern bereits fertig gestellt und wurde noch am Sonnabend von der jetzigen Reichsregierung beraten. Es ist möglich, daß an dem Entwurf noch einige Aenderungen vorgenommen werden. Der Entwurf sieht als Ausgangstag der Wählerlisten den 2. Januar und als Wahltag den 2. Februar 1919 vor. — Wir halten eine so weite Hinausschiebung der Wahlen für außerordentlich bedauerlich und schädlich.

Befugnisse des Bundesrates

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht folgende Verordnung über die Ermächtigung des Bundesrats zur Ausübung von Verwaltungsbefugnissen:

Paragraph 1. Der Bundesrat wird ermächtigt, die ihm nach den Gesetzen und Verordnungen des Reiches zustehenden Verwaltungsbefugnisse auch fernerhin auszuüben.

Paragraph 2. Die Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit der Verkündigung in Kraft.

Berlin, 14. November 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten.

Ebert. Haase.

Staatssekretär des Innern: J. V.: Dr. Lewald.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht ferner eine Bekanntmachung betr. Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von mindestens 10 Tonnen Kohle, Koks und Briketts monatlich im Dezember 1918.

Zum Leiter der Reichskanzlei ist von der Reichsregierung der Schriftsteller Kurt Baake ernannt worden.

Telegrammwechsel Wien—Berlin

Wien, 16. November.

Der Volksbeauftragte der deutschen Republik Hugo Haase hat Dr. Otto Bauer, dem Leiter des Staatsamtes für Aeußeres, folgendes Telegramm übermittelt:

„Die Glückwünsche erwidere ich namens des Rates der Volksbeauftragten der deutschen Republik aufs wärmste. In Erinnerung an unsere **freundschaftlichen und parteigenössischen Beziehungen** ist es mir eine besondere **Freude, daß wir berufen sind, an leitender Stelle für das Wohl des deutschen Volkes zu wirken.** Der Rat der Volksbeauftragten ist gern bereit, mit Ihnen alle Fragen der **Friedensverhandlungen** zu erörtern und diese Verhandlungen in **engster Gemeinschaft** mit Ihnen zu führen. Wir erwarten zu diesem Zweck **Vertreter von Deutschösterreich** in Berlin. Wir empfinden die Not unserer Brüder in Deutschösterreich aufs schmerzlichste. Wir brauchen nicht zu versichern, daß wir den besten Willen haben, Ihnen zu helfen. Wir werden sofort an zuständiger Stelle festzustellen suchen, wie und in welcher Weise dies möglich ist."

Serbien

Von D. Traub, M. d. A.

Serbien feiert seine Wiederauferstehung. **Wer hätte das gedacht!** Man muß sich erinnern, welche ungeheuren Nöte und Drangsale dieses Volk durchgemacht hat. Was ging verloren auf dem Winterrückzug durch Albanien! Es war ein Weg voll Schrecken und Grauen. Erst wenn man jene Gebirge kennt und gesehen hat, begreift man den Jammer, der damit das serbische Volk ergriff. Geschlagen, verloren, verdorben — so erschien damals des Volkes Schicksal. Und dann kamen die Tage in Saloniki, Krankheiten wüteten. Ein zerschlagenes Volk sollte sich im Dienste der Entente opfern. Alles schien vergeblich. Was in der Heimat war, wurde von den Bulgaren teilweise grausam behandelt. Die Tage des serbischen Aufstandes und die bulgarische Züchtigung dafür stehen noch in lebhafter Erinnerung. Es wollte den Deutschen nicht gefallen, daß man die letzten Reste eines Volkes fast zertritt, wie den grimmenden Tocht, und mancher hat den bulgarischen Bundesgenossen darüber Vorstellungen gemacht.

Und **dieses Volk steht wieder auf.** Nun fragen wir: warum? Die einfache Antwort lautet: **Weil es an sich selber glaubte und diesen Glauben nie verloren gab.** Er erschien fast wie Wahnsinn, aber er wurde gehütet und gepflegt wie ein heiliger Funke unter der Asche. Greise und Kinder, Witwen und Jungvolk hielten in stiller Heimlichkeit diesen Glauben wie ein Heiligtum, und sorgen, daß das Herdfeuer nicht ganz erlosch. Und sie haben recht behalten. Und noch einer war's, der sie unterstützte: das war Briand in Frankreich. Auch er glaubte an die Widerstandsfähigkeit dieses kleinen Volkes trotz aller Gegnerschaft seiner Amtsgenossen, trotz augenfälligen Tatsachen, trotz Not und Gefahr: er ließ den Glauben an Serbien nicht sinken. Und er hat recht behalten. Der Glaube hat recht behalten. Ja, **dieser Glaube, die ideelste Macht ist noch immer die realste in der Welt!**

Warum sagen wir das alles? **Weil uns ein wehes Gefühl tiefer Beschämung erfüllt.** Das Geschick des deutschen Volkes während dieses Krieges auch nur von Ferne mit dem des serbischen vergleichen zu wollen, ist ja Narrheit. Wir haben nicht ein Hunderstel dessen ausgestanden, was Serbien erlitt. Und trotzalledem, wo ist unser Glaube an uns selbst hingekommen? Wir haben ihn verkauft. Wir müssen uns bitterlich schämen vor einem solchen halb tot vierten Volk, wie es die Serben sind. Und wenn sie uns heute von allen Seiten zureden und wenn sie uns vorrechnen mit Zahlen und Maßen, daß es nicht mehr geht und daß es Wahnsinn sei, noch an unsere Zukunft zu glauben — das Erlebnis, das wirkliche Erlebnis der serbischen Wiederherstellung schlägt allen ins Gesicht. Hier ist ein Volk, das den Glauben an sich selbst nicht verloren hat. Nach langen Jahren trübster Nacht scheint ihm der Morgen. **Herrgott, was muß das für ein Gefühl für ein Volk sein, wenn es seine Ehre wiederfindet!** Denn die Ehre ist nicht ein Name, sie ist die wirkliche Kraft, die es gibt. Wer sie verliert, wird ehrlos, und für den Ehrlosen gibt es keine Rücksicht und keine Schranke. Ihm ist alles „egal". Ja, wer hätte das gedacht, daß einmal eine Zeit kommen könnte, in der man dem **deutschen Volk das serbische vorhalten muß!** Es tut weh, bitterlich weh, aber es muß geschehen, — ehe es zu spät ist.

Heimatschutz für die Ostmarken

Berlin, 15. November. (Amtlich.)

Der Schutz der östlichen Provinzen gegen die aus den Gebieten östlich der Reichsgrenze drohenden Gefahren wird einheitlicher Leitung unterstellt. Hierfür wird in Gemeinschaft mit dem zuständigen Arbeiter- und Soldatenrat das Armeeoberkommando „Heimatschutz Ost" gebildet.

Der Unterstaatssekretär, gez. Goehre.
Der Kriegsminister, gez. Scheuch.

Gerüchte

Berlin, 16. November.

Zu den Gerüchten über das Erscheinen **polnischer Legionäre** in Posen erhielten wir von dem A.- und S.-Rat in Posen folgende Mitteilung: Es ist unwahr, daß polnische Legionäre die Uebergabe der Stadt Posen von der Kommandantur verlangt haben. Bevollmächtigte Vertreter der polnischen Legion waren bis jetzt **nicht** in Posen. Eine Delegation, bestehend aus Vertretern des Soldatenrates, sozialdemokratischen Vertretern des Arbeiterrates und Mitgliedern der polnischen Landtags- und Reichstagsfraktion, haben weder an der **Grenze noch auf dem Wege nach Posen Legionäre** finden können. In der Stadt Posen hat sich die Sozialdemokrat. mit der polnischen demokratischen Partei geeinigt. Der Arbeiterrat besteht demnach aus fünf sozialdemokratischen und sechs polnischen demokratischen und der Soldatenrat aus sechs deutschen und fünf demokratischen Vertretern. Beratende Stimme wurde je drei Vertretern der polnischen Volksrates und des deutschen Volksrates zugebilligt, so daß der A.- und S.-Rat eine durchaus paritätische Zusammensetzung hat. Es ist deshalb ohne Schwierigkeiten gelungen, die Ruhe, Ordnung und Sicherheit in der Stadt aufrechtzuerhalten. Die **sozialdemokratischen Mitglieder des A.- und S.-Rates** legen Wert auf die Feststellung, daß sie das Recht der Polen auf Errichtung eines Nationalstaates des ganzen polnischen Volkes anerkennen. Sie wünschen, daß möglichst bald eine Verständigung darüber erfolgt.

Aenderung der Kommandoverhältnisse

Berlin, 15. November.

Um eine einheitliche Regelung der Demobilisierung durchführen zu können, ist eine Neuordnung der Kommandoverhältnisse notwendig. Die stellvertretenden Generalkommandos, der Generalstab und die Oberste Heeresleitung werden von jetzt ab dem Kriegsministerium unterstellt. Dessen Weisungen haben alle militärischen Kommandobehörden Folge zu leisten. Das Kriegsministerium, sowie alle Reichsbehörden unterstehen der Kontrolle des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrates.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.
Molkenbuhr. Richard Müller.

Coburg an Bayern

Koburg, 16. November.

Sämtliche Abgeordneten des Koburger Landtags wenden sich gegen den Anschluß des Herzogtums Koburg an eine Republik Großthüringen und treten für den Anschluß an die Republik Bayern ein, da auch in der Mehrheit der Bevölkerung die Stimmung für den Anschluß an Bayern sei.

Programm der Republik Bayern

München, 16. November.

Die Regierung des bayerischen Volksstaates wickelt in einem Aufruf an das bayerische Volk ihr Programm in dem es unter anderm heißt: „Wir glauben und wollen, daß die Vereinigung des Deutschen Reiches mit der deutschösterreichischen Republik unaufschiebbar ist. Wir sind ferner entschlossen, diese nationale Politik mit fester Hand durchzuführen, ohne dabei die Freiheit und Selbständigkeit Bayerns anzutasten. In der inneren Politik Bayerns streben wir die rascheste Durchführung der lebendig tätigen Demokratie an. Bevor noch die konstituierende Nationalversammlung, die so schnell wie möglich einberufen werden soll, zusammentritt, muß diese Demokratisierung erreicht werden können. Neben dem provisorischen Zentralparlament und dem der Regierung verkörperten revolutionären Vollzugsausschuß sollen alle einzelnen Verbände und Berufe der Bevölkerung in voller Oeffentlichkeit ihre eigenen Angelegenheiten erörtern können. Das Deutsche Theater in München soll der Sitz dieses Nebenparlamentes sein. Alle Berufsklassen sollen sich zu Räten zusammenfinden und in diesem freien Parlament ihre Angelegenheiten unabhängig erörtern.

Breitenbachs Abschied

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Der nach 12½jähriger Tätigkeit aus dem Amte scheidende Minister der öffentlichen Arbeiten von Breitenbach verabschiedete sich heute vormittag im Festsaale des Dienstgebäudes von den Beamten des Ministeriums und des Reichsamtes für die Verwaltung der Reichseisenbahnen.

Zum Minister der öffentlichen Arbeiten ist der bisher schon in den Eisenbahnabteilungen des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten tätig gewesene Ministerialdirektor Hoff ernannt worden.

Professor Preuß Staatssekretär des Innern

(Amtlich.) Berlin, 15. November. (W. T. B.).

Der Rat der Volksbeauftragten hat in seiner heutigen Sitzung Professor Dr. Hugo Preuß zum Staatssekretär des Innern ernannt. Die Geschäfte des Reichskolonialamtes führt Dr. Solf, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, weiter.

Für einen deutschen Zusammenschluß

Bern, 15. November.

„Corriere della Sera" bespricht in einem Leitartikel das Problem der Deutschen Oesterreichs und kommt zu dem Schluß, daß das wirksamste Mittel für die Zukunft, sich gegen Mitteleuropa zu schützen, darin bestehe, daß man die Deutschen Oesterreichs sich den Deutschen Deutschlands anschließen lasse.

Aus dem Preßgesetz

Da nach der Aufhebung der Zensur nur das Preßgesetz vom 7. Mai 1874 für die Presse maßgebend ist, dessen die Oeffentlichkeit am meisten interessierende §§ 10 und 11 aber ziemlich unbekannt zu sein scheinen, auch in Kreisen, die öfter in Berührung mit der Presse kommen, geben wir die genannten Paragraphen nachstehend wieder:

§ 10.

Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift, welche Anzeigen aufnimmt, ist verpflichtet, die ihm von öffentlichen Behörden mitgeteilten amtlichen Bekanntmachungen auf deren Verlangen gegen Zahlung der üblichen Einrückungsgebühren in eine der beiden nächsten Nummern des Blattes aufzunehmen.

§ 11.

Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift ist verpflichtet, eine Berichtigung der in letzterer mitgeteilten Tatsachen auf Verlangen einer beteiligten öffentlichen Behörde oder Privatperson ohne Einschaltungen oder Weglassungen aufzunehmen, sofern die Berichtigung von dem Einsender unterzeichnet ist, keinen strafbaren Inhalt hat und sich auf tatsächliche Angaben beschränkt.

Der Abdruck muß in der nach Empfang der Einsendung nächstfolgenden, für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer, und zwar in demselben Teile der Druckschrift und mit derselben Schrift wie der Abdruck des zu berichtigenden Artikels geschehen.

Die Aufnahme erfolgt kostenfrei, soweit nicht die Entgegnung den Raum der zu berichtigenden Mitteilung überschreitet; für die über dieses Maß hinausgehenden Zeilen sind die üblichen Einrückungsgebühren zu entrichten.

Steigender Kohlenmangel

Der Reichskohlenkommissar gibt bekannt: Der Rückstrom des Heeres beansprucht die Eisenbahnen so stark, daß der Kohlenversand der westlichen Reviere für kurze Zeit notgedrungen sehr stark sinkt. Eisenbahnen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, auch Nahrungsmittelindustrien, sowie der Hausbrand müssen bevorzugt werden. Die gesamte Industrie muß mit ungewöhnlich starken Ausfällen rechnen. Die vorhandenen Kohlenvorräte müssen deshalb auf das äußerste gestreckt werden. Die Richtschnur für die Betriebseinstellungen muß sein, bei knappen oder auch bei zeitweilig ausbleibenden Zufuhren ihre Arbeiter weiter zu beschäftigen. Arbeiterentlassungen dürfen aus dieser Verschärfung der Kohlenlage heraus, die hoffentlich von kurzer Dauer sein wird, nicht stattfinden.

Gesinnungstüchtigkeit

Unter dieser Ueberschrift teilten wir eine Nachricht der „Leipziger Abendzeitung" mit, wonach die Leipziger „Neuesten Nachrichten" dem A.- und S.-Rat erklärt hätten, daß sie „vollkommen zu seiner Verfügung stehen werden". Hierzu geben die „L. N. N." folgende Erklärung: „Die Nachricht der „Leipziger Volkszeitung", die „L. N. N." hätten sich bereit erklärt, „sozialdemokratische Redakteure einzustellen und die noch zu beziehen, sie könnten daran im Sinne der Revolution schreiben" — sei in allen Teilen unwahr. Die „L. N. N." hätten lediglich vorgeschlagen, bei sich eine Beilage zu schaffen, in der die amtlichen Mitteilungen des A.- und S.-Rates erscheinen sollten. Diese Beilage sollte von einem Beauftragten des A.- und S.-Rates geleitet und verantwortlich gezeichnet werden.

Großadmiral von Tirpitz in der Schweiz. Die „Karlsr. Ztg." schreibt: Der Großadmiral von Tirpitz, der wenige Tage vor dem Ausbruch der Revolution von Berlin abgereist ist, ist in der Schweiz angekommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191811171-14/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 17 November.

Sitzung des Soldatenrates

Der Soldatenrat hielt am Sonnabend vormittag eine Sitzung im Stadtverordnetensitzungssaale ab. Verhandelt wurde zunächst über Demobilisierungsfragen. Es wurde beschlossen, die Entlassung der Truppen so schnell wie möglich durchzuführen. Die Jahrgänge 1898/99 bleiben vorläufig bei der Truppe. Sofort entlassen werden sollen Landwirte, Geschäftsleute, Gewerbetreibende, Handwerker. Auch beschäftigungslose Leute können sofort entlassen werden, sobald sie in der Lage sind, sich selbst zu unterhalten, oder von ihren Angehörigen unterhalten zu können. Sofort zu entlassen sind weiter Beamte und solche, die sofortige Beschäftigung nachweisen können. Ueber die Dringlichkeit entscheiden die Kompagnieführer. —

Beschlossen wurde ferner, die hiesigen Garnison-Kommandostellen zusammenzuziehen und im Gebäude des „Wettiner Hof" unterzubringen. — Gegenstand weiterer Erörterung war die Stellung der Vertrauensleute — des Soldatenrates — bei der Demobilmachung; es wurde einem Antrage zugegeben, sie vor Januar 1919 nicht zu entlassen. Die Mitglieder des Soldatenrates sollen zunächst als unabkömmlich gelten. — Die Frage der Tagegelder für die Mitglieder des Soldatenrates wurde bei dieser Gelegenheit des Näheren erörtert; diese Tagegelder sollen als Entschädigung dafür, daß die Mitglieder des S.-R. vor der Hand noch nicht ins bürgerliche Erwerbsleben übertreten können. Die Mitglieder waren getrennt. Es wurde beantragt, die Gelder aus „Mädchenüberschüssen", Kantinen- und sonstige Gelder bei den Truppenteilen für diesen Zweck verfügbar zu machen. —

Aus der Versammlung wurde eine Anfrage erhoben wegen mehrerer Kisten mit Handgranaten, die in „Thalisaal" gebracht worden seien, und beantragt, die Angelegenheit zu untersuchen. — Genosse Kilian vom A.-Rat teilte der Versammlung mit, daß in der vergangenen Nacht drei Wagen voll Lebensmittel, Butter u. a. m., aus dem städtischen Lebensmittellager entwendet worden seien; die Wagen befänden sich im Augenblick in Sicherung 3.

Endlich wurde über mehrere Artikel der „Hallescheen Zeitung" lebhaft verhandelt („Der Schlachthofbetrieb steht in Nr. 584 vom 14. Nov. und „Sozialdemokratische Raubpolitik" in Nr. 586 vom 15. Nov.), in denen nach Ansicht einiger Mitglieder der Versammlung absichtlich auf Störung der Ruhe und Ordnung hingearbeitet und ein Keil zwischen A.- und S.-Rat zu treiben beabsichtigt werde. In der Debatte wurden Anschuldigungen laut, wie „unverschämte Verleumdung" u. a. —

*

Die Vertrauensmänner des Bezirks-Kommandos stellen die Zweckmäßigkeit folgenden Aufrufes zur Debatte, der an die Mitglieder des S.-R. in Abschrift verteilt wurde:

„Der Soldatenrat gibt bekannt, daß ihn keine einseitig parteipolitischen Grundsätze beeinflussen, sondern daß er es überhaupt hat, den Hauptvolkswillen zu schätzen, der freie Meinungsbestimmung verlangt! Es soll daher nun dem Volke die Möglichkeit der Durchsetzung eines Willens gesichert werden, durch einen gleichen, allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrecht für alle mindestens 20 Jahre alten Männer und Frauen auch die konstituierende Versammlung. Jeder wird von uns als guter Staatsbürger betrachtet! Wir sind uns daher der weiteren Unterstützung in der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung aller Volksgenossen gewiß."

Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 23. September 1918 (R.-G.-Bl. S. 1143) und der von dem Herrn Reichskommissar für das Wohnungswesen erteilten Ermächtigung vom 7. November 1918 (St. 4. 617) wird für den Stadtkreis Halle folgendes angeordnet:

§ 1. Ohne vorhergehende Zustimmung des Magistrats dürfen a) Gebäude oder Teile von Gebäuden nicht abgebrochen, umgebaut, die bis zum 1. Oktober 1918 zu Wohnzwecken benutzt oder benutzt waren, zu anderen Zwecken, insbesondere als Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst- oder Geschäftsräume nicht verwendet werden. Die Zustimmung darf nur versagt werden, wenn das Mieteinigungsamt sich mit der Versagung einverstanden erklärt hat.

§ 2. Jeder Verfügungsberechtigte von Räumen irgend welcher Art (Eigentümer, Nießbraucher oder Nutznießer von Gebäuden oder deren Vertreter) ist verpflichtet: a) unverzüglich dem städtischen Wohnungsamt (Wohnungsnachweis) Anzeige zu erstatten, sobald eine Wohnung oder Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst-, Geschäftsräume oder sonstige Räume unbenutzt sind, b) den Beauftragten des Magistrats über die unbenutzten Wohnungen und Räume sowie über deren Vermietung Auskunft zu erteilen und ihnen die Besichtigung zu gestatten. Als unbenutzt gelten Wohnungen und Räume der bezeichneten Art, wenn sie völlig leerstehen oder nur zur Aufbewahrung von Sachen dienen, sofern dem Verfügungsberechtigten eine andere Aufbewahrung ohne Härte zugemutet werden kann, oder wenn der Verfügungsberechtigte seinen Wohnsitz dauernd oder zeitweilig nach das feindliche Ausland verlegt hat. Die Vorschriften der Bundesratsverordnung über die Wohnungsanmeldung vom 19. Mai 1915 bleiben unberührt. Die darin vorgeschriebenen Meldungen sind neben den im Absatz 1 vorgesehenen Anzeigen zu erstatten.

§ 3. Hat der Magistrat dem Verfügungsberechtigten für die unbenutzte Wohnung oder für andere unbenutzte Räume, die zu Wohnzwecken geeignet sind, einen Wohnungssuchenden zugewiesen und kommt zwischen ihnen ein Mietvertrag nicht zustande, so setzt auf Antrag des Magistrats das Mieteinigungsamt, falls für den Verfügungsberechtigten kein unverhältnismäßiger Nachteil zu besorgen ist, den Mietvertrag fest. Der Vertrag gilt als geschlossen, wenn der Wohnungsuchende nicht innerhalb einer vom Mieteinigungsamt zu bestimmenden Frist dem Widerspruch erhebt.

§ 4. Mieteinigungsamt kann dabei anordnen, daß die einzelnde an Stelle des Wohnungsuchenden als Mieter verpflichtet und berechtigt ist, die Mieträume dem Wohnungsuchenden zu überlassen und zu vermieten.

§ 4. Jeder Verfügungsberechtigte von Räumen irgendwelcher Art (Eigentümer, Nießbraucher oder Nutznießer von Gebäuden oder deren Vertreter) ist verpflichtet, auf Anfordern des Magistrats der Stadtgemeinde unbenutzte Fabrik-, Lagerwerkstätten-, Dienst-, Geschäftsräume oder sonstige Räume zur Verfügung als Wohnräume gegen Vergütung zu überlassen. Das Mieteinigungsamt bestimmt die Höhe der Vergütung und die Zahlungsbedingungen, wenn eine Einigung hierüber nicht zustande kommt. Der Magistrat ist berechtigt, den Gebrauch der bezeichneten Räume einem Dritten zu überlassen, insbesondere sie zu vermieten.

Nach Fortfall der dem Magistrat von der Landeszentralbehörde erteilten Ermächtigung sind die Räume dem Verfügungsberechtigten in angemessener Frist zurückzugewähren. Die Frist bestimmt, wenn eine Einigung nicht zustande kommt, das Mieteinigungsamt. Auf Verlangen der Berechtigten hat die Stadtgemeinde den der früheren Zweckbestimmung und Ausstattung entsprechenden Zustand der Räume wieder herzustellen.

§ 5. Mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. wird bestraft, 1. wer den Bestimmungen des § 1 Absatz 1 zuwiderhandelt, 2. wer den Anordnungen gemäß § 2 zuwider vorsätzlich eine Anzeige oder eine Auskunft nicht oder nicht rechtzeitig erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder eine Besichtigung nicht gestattet.

§ 6. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Halle, den 14. November 1918. Der Magistrat.

— **Der Konservative Verein für Halle und Saalkreis** hält am Dienstag, dem 19. November, abends ½9 Uhr im „Goldenen Schiffchen", Große Ulrichstraße, eine Versammlung ab, in der die politischen Tagesfragen besprochen werden sollen. Mitglieder, Freunde und Gesinnungsgenossen sind hierzu freundlichst eingeladen.

— **Allgemeine Ortskrankenkasse Halle a. S.** Die zweite ordentliche Ausschußsitzung der Kasse findet am Donnerstag, dem 21. November, abends 8½ Uhr, im „Volkspark" statt. Die Tagesordnung enthält eine Reihe von Satzungsänderungen, die sich auf Beiträge und Leistungen beziehen. Vorbesprechungen halten ab die Arbeitgeber am 19. November, abends 8½ Uhr, in der „Kaiser Wilhelmshalle" und die Versicherten am 18. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

— **Eine Militär-Urlaubsnachweis-, Auskunfts- und Beratungsstelle** ist in der Magdeburger Straße 67, gegenüber dem „Wettiner Hof" errichtet worden.

— **Mehl für die fünfte fleischlose Woche. Als Ersatz für die** in der fünften fleischlosen Woche — 18. bis 24. November 1918 — entfallenden Fleischmengen werden gegen Abgabe der 10 Abschnitte 4 A—4 K der Fleischkarte für Erwachsene 250 Gramm und der 5 Abschnitte 4 A—4 E der Fleischkarte für Kinder 125 Gramm Mehl ausgegeben. Für jeden fehlenden Abschnitt vermindert sich die abzugebende Mehlmenge um 25 Gramm. Anstalten usw., die sich nicht im Besitze von Fleischkarten für Personal und Insassen befinden, erhalten über die ihnen zustehenden Mehlmengen Bezugsscheine, die im Dienstgebäude, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 55, ausgestellt werden. In den Anträgen auf Ausstellung von Bezugsscheinen ist anzugeben, wieviel Erwachsene und wieviel Kinder, die nach dem 1. Januar 1918 geboren sind, sich am Tage des Antrags in der Anstalt befinden. Der Preis für 250 Gramm Roggenmehl beträgt 0,16 Mk., für 125 Gramm 0,08 Mk. Die Bäcker und Mehlhändler haben die vorbezeichneten Abschnitte von den Fleischkarten abzutrennen und in einem verschlossenen Umschlage, auf dem Name, Wohnung und die Anzahl der Abschnitte des Abliefernden zu vermerken sind, der städtischen Lebensmittelkarten-Annahmestelle (Dreyhauptstraße 4) bis zum 27. November 1918 zu übergeben. Die Nichtbeachtung dieser Bestimmung, sowie die Ueberschreitung der abzugebenden Mehlmengen und der Preise ziehen Bestrafung auf Grund des § 80 der Reichsgetreideordnung vom 29. Mai 1918 nach sich.

— **Spartmetalle für das Handwerk.** Zur Vorbereitung der Metallbeschaffung in der Uebergangszeit in zur Friedenswirtschaft hat die Metall-Freigabestelle eine Neuorientierung der Metallbewirtschaftung, die Metallen durchführt und für das Handwerk eine solche Bewirtschaftungs- und Verteilungsstelle bei dem Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertage in Hannover errichtet. Die Handwerksbetriebe, welche Kupfer, Aluminium, Zinn, Zink, Blei, Nickel und andere Legierungen zu Fertigwaren verarbeiten und bei der nächsten Metallverteilung berücksichtigt werden wollen, müssen sich an die zuständige Handwerkskammer wenden.

— **Halle in den Verlustlisten.** Preußische Verlustliste Nr. 1289: Paul Augustin, 10. (nicht 11.) J., bisher verm., lt. priv. Mitt. in Gefangenschaft. Oskar Angermann, 13. 9., leicht verwundet. Max Bauer, 14. 1., vermißt. Kurt Bernstein, 6. 5., vermißt. Otto Böhme, 9. 5., leicht verwundet. Otto Bolze, Uffz., 10. 3., vermißt. Woldemar Bräutigam, Uffz., 1. 9., vermißt. Otto Broekhausen, Gefr., 6. 10., vermißt. Max Döpelhuber, 1. 7., vermißt. Richard Friedrich, 3. 9., leicht verwundet. Kurt Göthe, 16. 7., vermißt. Erich Hamme, 21. 3., vermißt. Erich Harre, Gefr., 8. 6., leicht verwundet. Franz Harre, 1. 10., vermißt. Karl Heine, 14. 9., vermißt. Alfred Hellmich, 1. 1., vermißt. Kurt Herschel, 18. 11., vermißt. Heinrich Holzhausen, 17. 7., vermißt. Richard Horst, Gefr., 9. 12., vermißt. Franz Knorre, 13. 12., vermißt. Karl Krichstadt, 2. 8., vermißt. Ulrich Löser, Vizefeldw., 2. 5., l. verw. b. d. Tr. Erwin Leleich, Gefr., 1. 9., vermißt. Hermann Marahrens, 1. 5., gestorben infolge Krankheit. Willy Meißner, Gefr., 30. 4., leicht verwundet. Alfred Müller 11. 23. 3., vermißt. Ernst Noack, 12. 5., leicht verwundet 5. 5. Tr. Willy Pfeiffer, 28. 7., vermißt. Karl Plötz, Ltn. d. R., 13. 9., leicht verletzt. Konrad Raipe, 3. 12., vermißt. Walter Roche, 16. 12., vermißt. Willy Schlegel, 9. 11., vermißt. Alfred Schmidt, 6. 9., vermißt. Gustav Schmidt, 29. 11., vermißt. Hans Schmidt, 8. 8., schwer verwundet. Paul Schmidt, 22. 12., vermißt. Reinhold Schüler, 3. 8., vermißt. Erich Schulz, Uffz., 22. 1., vermißt. Willh Schulze, Uffz., 10. 6., vermißt. Gustav Seibide, Krankentr., 21. 1., vermißt. Karl Tausch, Sergt., 8. 2., schwer verwundet. Fritz Teute, Vizefeldw., 21. 7., d. Unfall leicht verletzt. Friedrich Ulbrich, 12. 3., leicht verwundet. Hans Vollhardt, 24. 10., leicht verwundet. Hans Wähmer, Vizefeldw., 19. 10., schwer verwundet. Karl Waldheim, Sergt., 1. 2., vermißt.

— **H.-Lichtspiele, Alte Promenade.** Zwei Erstaufführungen bietet der neue Spielplan, die beide regstes Interesse und herzlichen Beifall der Besucher finden. In dem Drama: „Liebesopfer", das äußerst spannend in der Handlung und reich an belebten Szenen ist, wird Maria Fein in der Hauptrolle eine reiche Gelegenheit geboten, ihre reiche Darstellungskunst zu entfalten. Den Gang der Handlung darlegen, hieße die Spannung der Szene zerreißen. — Das prächtige Lustspiel: „Vater wider Willen" mit Paul Heidmann in der Hauptrolle bietet viel Heiterkeit aus.

— **Zoologischer Garten.** Heute, am Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, findet Konzert vom Görlach-Orchester statt. Erwachsene 50 Pfg., Kinder 20 Pfg., Militär ohne Dienstrad zahlt vormittags 10 Pfg., nachmittags 20 Pfg. (Siehe Anzeige.)

— **Kammermusik.** Das Wille-Quartett erscheint nun auch auf dem Plan und wird in diesem Winter drei Beethoven-Abende geben. Der erste findet am Montag, den 25. November, im Logensaale, Albrechtstraße, statt. (Siehe Anzeige.)

— **Kriegsbilder der „Halleschen Zeitung".** Folgende Bilder der „Halleschen Zeitung" kommen vom 17. November ab in unserer Geschäftsstelle zum Aushang: Linionka, Kosakenderf in der Nähe von Rostow am Don (Kosaken fahren zum Fischen aus); Zur Umwälzung in Berlin (Ein Arbeiter fuhrt von einem Sanitätswagen; vom Kgl. Schloß zum Volk kurz nach Erklärung der Republik am 8. November); Der neue Volkskanzler Ebert.

Stadttheater in Halle

„Die versunkene Glocke" von H. Zoellner.

Wenn sich ein Musikdrama wie Heinrich Zoellners „Versunkene Glocke" fast zwei Jahrzehnte auf dem Spielplan der deutschen Bühnen gehalten und in seiner Wirkung während dieser Zeit kaum etwas eingebüßt hat, trägt es zweifellos seinen Eigenwert in sich. Und der ist in diesem Fall nicht schwer zu bestimmen. Handlung und Worte beruhen auf der Schöpfung eines wirklichen Dichters. Was Heinrich Zoellner daran geändert hat, ist mit vorsichtiger, geschickter Hand geschehen und hat dem romantischen Zauber des Ganzen nicht einen Hauch geraubt. Dem guten Buch ist Heinrich Zoellners Musik fast durchweg ebenbürtig. Man darf sogar behaupten, daß der Tonsetzer den Stoff ganz ausgezeichnet erfaßt und in überraschender Geistesverwandtschaft mit dem Dichter musikalisch ausgedeutet hat. Vor allen Dingen ist die wunderbare Romantik, die alle Geschehnisse in Hauptmanns Drama verklärt, in Zoellners Partitur prachtvoll zum Ausdruck gekommen und hat eine starke einheitliche Stimmung erzeugt. Schöne Melodik, wohlige Harmonieverbindungen und farbenreiche, klangsättigte Instrumentation und gediegene thematische Arbeit sind weitere schätzenswerte Vorzüge der Zoellnerschen Musik. Daß der Tonsetzer in der Erfindung und in seinem Gedankenreichtum stark, oft zu stark von seinen Vorbildern abhängig ist, fällt für die Bühnenwirkung der „Versunkenen Glocke" kaum ins Gewicht.

Spielleitung und Kapellmeister hatten sich mit bestem Gelingen vereinigt, um Zoellners Musikdrama, das auf unserm Theater schon einmal vor 17 Jahren erschien, eine gute Aufnahme zu bereiten. Leopold Sachse hatte der Handlung trefflich angepaßte Bühnenbilder erdacht, und Oskar Braun förderte verständnisvoll die Stimmungswerte der Musik zutage. Orchester und Bühnenmitglieder waren ebenfalls mit vielem Erfolg bemüht, dem schönen Werk zu seinem Recht zu verhelfen. Ein Hauptverdienst erwarb sich Anna Engbardt mit dem Rautendelein. Sie wahrte in Gestalt und Spiel diesem von geheimnisvollen Mächten umgebenen elfischen Wesen seine echte Natursichtigkeit und krönte den Eindruck durch ihre gesangliche Durchführung die, obwohl so manches hohe Ton hätte weicher und runder klingen können, außerordentlich zu loben blieb. Den Glockengießer Heinrich, diesen edeln Meister, dessen Leistungskraft an der Kühnheit seiner Entwürfe scheitert, stellte Julius Mendorffer in Musik und Erscheinung mit künstlerischer Vornehmheit aus. Unter den beiden Naturgeistern gewann der Waldschratt den Vorrang. Hans Baron verlieh ihm die nötige Frische und war außerdem eifrig bedacht, seine Silbe hervorzuheben zu lassen. Diese Deutlichkeit der Aussprache könnte sich der Nickelmann, den Cornelius Warf beschäftigend sang, aber nicht wesensecht schilderte, zum Muster nehmen. Den Nebengestalten ist wenig Raum in der Musik gegönnt. Nur der Pfarrer hat einige Bedeutung. Alfred Ernesti hatte sie richtig erkannt.

Die sorgfältig durchgearbeitete Darstellung hatte vollen Erfolg und erwarb vielen anhaltenden Beifall.

Dr. W. Kaiser.

„H. Z."-Sportberichte

Der politische Umsturz und der Thüringer Sport

Von unserem Sportberichterstatter.

Jena, 17. November.

Der politische Umsturz, der alles in seinen tiefsten Grundfesten erschütterte, ließ, lastet auch auf dem Sport vorerst verhängnisvoll und schwer. Wenn wir auch mit Recht für uns in Anspruch genommen haben, allen politischen Tendenzen fernzustehen, so waren wir doch mit der bisherigen Staatsform so eng verbunden, daß durch ihren Sturz auch unsere Sportbewegung auf das empfindlichste betroffen ist. Das trifft bei dem Thüringer Sport im besonderen zu. Von jeher erfreute sich hier der Sport der Gunst der Thüringer Fürsten. Bei fast allen größeren Veranstaltungen hatten die Fürstlichkeiten weitvolle Preise zur Verfügung gestellt und wie oft beehrten sie die Spiele durch ihren Besuch. Mit verständnisvollem Interesse begegneten sie jeder Bemühung um Vormärtsbestrebungen unseres jungen Sports. Nur der Gunst unserer Fürsten ist es u. a. zu danken, daß die Universität Jena kurz vor dem Kriege durch Anstellung eines Sportlehrers und durch Ankauf eines Sportplatzes für unsere Sache gewonnen wurde. Neben so vielen anderen Beispielen dominiert hier noch die Förderung des Wintersportes durch den Herzog von Coburg-Gotha. Wenn nicht alles getragen hat, so hätten sich gerade nach dem Kriege hier für uns allerlei Perspektiven eröffnet. Diese Hoffnungen sind uns nun genommen. Für den Thüringer Sport bedeutet das einen unersetzlichen Verlust. Das müssen sich jetzt auch die maßgebenden Stellen sich vor Augen halten; denn es wäre verkehrt, wenn der Sport sich dem Umsturz indifferent gegenüberstehen wollte. Auch er hat sich jetzt der neuen Zeit anzupassen und neue Wege einzuschlagen, um auch in der künftigen Staatsform einen Platz an der Sonne zu bekommen. Und er hat zu sehen, daß er in der roten Flut nicht untergeht, sondern weiter oben aufschwimmt. Die Leitung darf jetzt nicht fatalistisch abseits stehen, sondern sie muß wieder neue Ziele und Richtungen geben und muß durch entsprechendes Hervortreten zum Sammeln blasen.

Um zu wissen, was wir von der neuen Regierung zu erwarten haben, brauchen wir uns nur die Kritik vor Augen zu halten, die in sozialdemokratischen Blättern zu lesen stand, wenn wir einen Armeegepäckmarsch o. ä. veranstalteten. Wir gehörten dann meist mit unter die Verrückten oder ähnlichen bedauernswerten Geschöpfen. Sie lehnten uns bei jeder Gelegenheit ab und verschrien uns bei ihrer Jugend als „Bürgerliche".

Walter Burggraf.

— **Trabrennen zu Berlin-Mariendorf.** Die ersten Rennen nach den Revolutionstagen gingen am Freitag von statten. Die genauen Resultate waren: Preis von Window: 6000 M., 1300 Meter. 1. Stall Klausnerts Dodo (Großmann), 2. Black Jim jr. (Schönrock), 3. Desdemona B (Schneijener). Tot. 103, Pl. 12, 10:12, Uupl. Lucie H. (4), Dorah W., Dividende, Mitrowitza. Diplomat W., Silbeiter, Erle I; sicher ½—1 Lg. Preis von Stuttgart: 6000 M., 2000 Meter. 1. J. Kauppers Aurora (Geenens), 2. Leistern (Passow), 3. Kusa Dillon (Großmann). Tot. 25, Pl. 17, 30, 89:10, Uupl. Marschall (4), Odysseus, Wenn schon, Holsteinerin II, Mistel I, Siegesglocke, Ogema, Champion M., Hartelfelde, Durchbruch, Libmann, Demoag, Hofrat, Sieglinde I, Rubinglanz, Longmädel, Mohammed I, Trial Trip; 2—1 Lg. Preis von Neustadt: 10 000 M., 2400 Meter. 1. Fritzches Brilon (Kantenberger), 2. Rasselbinder (Yperen), 3. Young Agell jr. (Stamm). Tot. 41, Pl. 19, 51, 79:10, Uupl. Longino jr. (4), Prilog, Cry Passu, Sonnenstraht, Coeur Dame, Wandler disqu., Doppelader, Firn, Auktionator; verhalten 3—1½ Lg. Preis von Zossen: 7000 M., 2000 Meter. 1. Langs Sphing Vasco I (Weihmüller), 2. Schlopherin (Weilshemmer), 3. Long Agell (O. Pohl). Tot. 78, Pl. 22, 70, 84:10, Uupl. King Achilles (4), Maritza, Nebzweig (3. disqu.), Balla H., Berlhold, Teddy Dawson, Alraune, Blumenmädchen M., Möwe I, Siegfried VII, Fann I, Variante; sehr leicht 3—2 Lg. Preis von Riga: 12 000 M., 2400 Meter. 1. Stall Klausners Magowan (Großmann), 2. Maximum (Lichtenfeld), 3. Black Jim jr. (G. Neuenfeld). Tot. 31, Pl. 15, 25, 16:10, Uupl. Friber (4), Quarante, Baron Watts (angeh.), Neorit, Radan H., Hans Medium, Natalie, Mücke; Kopf—1 Lg. Preis von Potsdam: 8000 M., 2200 Meter. 1. Cohns Dorothea II (M. Ringius), 2. Helle Franke (Schneijener), 3. Urkurator (Rohmeier). Tot 55, Pl. 20, 24, 84:10, Uupl. Weißkian (4), Cyranka, Geshua, Quastell (disqu.), Prima Vasco, Gleicher, Silber (disqu.), Seejungfer I, Lord Alentell, Seeadler, Hansestadt, Glückauf, Rubier, Goldfinder, Fafner Dillon, Vertrauen, Wohlan, Mister Teddy, Dolly M., Figaro III (angeh.), leicht 2—1 Lg. von Gnaj-Rekowski-Erinnerungsrennen: 12000 M., 1800 Meter. 1. Schraders Marinne M. (Treuberg), 2. Kasper (M. Fischer), 3. Lorg Pauline (Tiefenbacher). Tot. 16, Pl. 13, 25, 24:10, Uupl. Flott (4), Xenie (disqu.), Lenz, Baron Victor, Jasper, Leuchtspuel, Allensteln; verhalten 3—Hals. Preis von Friedenau: 6000 M., 2200 Meter. 1. Kuschs Erlanger (Bel.), 2. Steipner (Werner), 3. Gerard R. (Bel.). Tot. 73, Pl. 18, 14, 18:10, Uupl. Fafner I, Fred, Veritas (disqu.), Anklang, Till, Long Artell, Meininger, Kanderstieg, Diliers Scott, Estragon (4), Long Engen, Alix, Glasfische, Traufänger, Wasserturm; Gegenwetten ½—3 Lg. Tot 10 3 Rennen ist 41, Pl. 19, 51, 79:10.

— **Sport in Thüringen.** In Jena tritt die Gaumannschaft des Erfurter Sportvereins gegen den V. C. Vimaria an und wird sich die Punkte nicht nehmen lassen. In Gera wird die dortige Sportvereinigung gegen Saalfeld 1906 antreten und wird einen harten Kampf haben. Gewinnt sie aber das Spiel, dann setzt sie sich im Gau mit 5 Punkten an die Spitze.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191811171-14/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

Tagungen

Die 10. Tagung der Thüringer Raiffeisen-Hauptgenossenschaft fand in Erfurt statt, in der Geh. Regierungsrat Professor Dr. von Rümker, der Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Produktionslehre in Berlin, einen Vortrag über die **Steigerung der Erträge unserer Feldfrüchte mit besonderer Berücksichtigung der Saatgutfrage.** Seine Ausführungen gipfelten in dem Wunsch, daß sich unsere Landwirtschaft in der Frage der Düngemittelversorgung nach Möglichkeit selbständig mache. Nicht die Erfassung und die Verteilung darf man bei den wirtschaftlichen Maßnahmen im Auge haben, in erster Linie müsse auf die **Produktionshebung** Rücksicht genommen werden. Die Fehler, die hier gemacht worden seien, wären genug bestochen und daher bekannt. Wenn jetzt die Nationalversammlung gewählt wird, dann sorgen die führenden Männer hoffentlich dafür, daß mit diesem System gebrochen wird. Die Grundlage unserer Ernährungspolitik müsse darin liegen, die Produktion zu fördern, dann erst solle man ans Verteilen gehen. Ein bestimmtes Scheme lasse sich für den Grundbesitz nicht aufstellen. Der Boden sei überall verschieden und danach müsse sich auch der Anbau der Feldfrüchte richten. Die innere Kolonisation müsse gefördert werden. Dr. von Rümker warnte aber auch davor, den Großgrundbesitz völlig zu zerschlagen, das sei eine falsche Theorie, die in der Praxis schwere Folgen zeitigen und insbesondere die Versorgung der Großstädte gefährden könnte. Redner brachte dann noch verschiedene praktische Fragen, z. B. über die besonderen Behandlung von Stallmist und Jauche, über Anpflanzung von Saatgutanbau-Versuchen auf 12½ Quadrometer großen Beeten unter Heranziehung möglichst aller Sorten, über Maschinen-Prüfungsstationen in möglichst vielen Bezirken usw. zum Vortrag. Seine Ausführungen gingen dahin, daß die Landwirtschaft ihre Arbeiten in individuellster Freiheit leisten müsse. Freilich müsse ein jeder fest auf seinem Posten stehen, sonst wäre es besser, dem schlechten Wirt werde sein Land genommen. Die Arbeit der freien Landwirtschaft aber dürfe nicht mißbraucht werden, so lange ein jeder hinter seiner Sache sei.

---

t. **Merseburg**, 16. Nov. (Die Entscheidungen des hiesigen Mietseinigungsamts.) Der Staatskommissar für das Wohnungswesen hat das Mietseinigungsamt der Stadt Merseburg zu folgenden Entscheidungen ermächtigt: Das Einigungsamt kann auf Anrufen eines Mieters über die Wirksamkeit einer Kündigung des Vermieters und über die Fortsetzung des gekündigten Mietsverhältnisses jeweils bis zur Dauer eines Jahres bestimmen, ein ohne Kündigung ablaufendes Mietsverhältnis verlängern und schließlich auf Anrufen eines Vermieters einen mit einem neuen Mieter abgeschlossenen Mietvertrag, dessen Erfüllung von einem vor dem Einigungsamte geschlossenen Vergleich betroffen wird, mit rückwirkender Kraft aufheben.

t. **Merseburg**, 16. Nov. (Entlassungen beim hiesigen Landsturm-Bataillon.) Wie wir vom Magistrat hören, können diejenigen Angehörigen des Ersatz-Truppenteils, die vor ihrer Einziehung zum Heeresdienst in der Landwirtschaft tätig waren, auf ihren Antrag hin unverzüglich entlassen bzw. bis zum Abschluß des etwa erforderlichen Rentenverfahrens beurlaubt werden. Heeresangehörige, die nicht selbständige Landwirte sind, müssen bei Stellung des Antrages auf Entlassung eine behördlich bescheinigte Erklärung eines Besitzers vorlegen, daß sie bei diesem sofort lohnende Beschäftigung finden.

— **Merseburg**, 15. Nov. (Die Angestellten der Leunawerke) beschlossen in einer Versammlung, sich auf den Boden des Arbeiterrates zu stellen. Der Streikleitung erklärte die überwiegende Mehrheit, sich gegebenenfalls an einem solchen zu beteiligen.

— **Meiningen**, 16. Nov. (Freues Gedenken.) Der Vorsitzende des Gemeinderates hob in der Sitzung den Umstand hervor und führte u. a. aus: Wir hatten es für eine Ehrenpflicht treuer deutscher Männer, unserm bisherigen Kaiser und unserm bisherigen Herzog dafür zu danken, daß sie stets auf das Wohl des Reiches und des Landes bedacht gewesen sind gleich ihren Vorgängern auf den Thronen während mancher Jahrhunderte. Unsern dreirohen Herzog sahen wir Bewohner der Haupt- und Residenzstadt Meiningen mit aufrichtigem Bedauern aus seiner nur kurzen Regierung scheiden und danken ihm für alles, was er für uns getan hat. Wir versichern ihn uns seinem ganzen Haus von dieser Stelle aus, daß wir ihm ein treues, ehrendes Andenken bewahren werden, heut und allerwege, und wir wollen dem Wunsch und der Hoffnung Ausdruck geben, daß er auch weiterhin hier in seiner trauen Vater- und Heimatstadt, in unserer Mitte, in seinem, in unserem lieben, alten Werratal, umschwirmt von der Liebe seiner Meininger, verbleiben und seine Tage beschließen möge!

— **Gera**, 15. Nov. (Der Fürst von Reuß j. L.) wird mit Genehmigung des Arbeiter- und Soldatenrates seinen dauernden Wohnsitz nach Ebersdorf verlegen. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist dabei die Verpflichtung eingegangen, das Schloß Osterstein mit seinen Kunstschätzen und der reichen Bibliothek militärisch bewacht werde.

Heiligenstadt, 15. Nov. (Großes Aufsehen) erregt hier die Festnahme des bisherigen Leiters des „Kreis-Einkauf", Kaufmann Herfurth. Er ist erheblicher Schiebungen und Abgabe rationierter Lebensmittel an Private beschuldigt. Es handelt sich dabei besonders um Grieß, Graupen, Oel, Milch, Eier, Butter, Teigwaren, Haferflocken. Die Untersuchung hat den Verdacht bestätigt. Auch eine Reihe von Beamten und Privatpersonen, die in die Angelegenheit verwickelt sind, haben Strafanzeige zu gewärtigen. Herfurth wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Er steht seiner Bestrafung entgegen.

y. **Bleicherode**, 16. Nov. (von Freienius †.) In Wolkramshausen verstarb der seit längerer Zeit kranke und aus diesem Grunde aus dem Heere ausgeschiedene Generalleutnant z. D. Paul von Freienius.

g. **Burgstebenau**, 16. Nov. (Ein dreister Einbruchsdiebstahl) wurde hier verübt. Diebe drangen in ein Gehöft, erbrachen die Viehställe, entwendeten ein etwa 2 Zentner schweres Schwein und zwei Gänse, welche sie an Ort und Stelle abschlachteten und verschwanden spurlos mit der Beute.

t. **Merseburg**, 16. Nov. (Diebstähle im städtischen Gaswerk.) Nachdem erst vor einigen Tagen aus dem städtischen Gaswerk mittels Einbruchs zahlreiches Geflügel geraubt worden ist, wurden vergangene Nacht einem Arbeiter wiederum 360 Mark gestohlen.

Duderstadt, 15. Nov. (Ein größeres Schadenfeuer) suchte den Ort Seeburg heim. Die Betroffenen sind die Witwe des Handelsmanns Heckerodt, Witwe Ackermann, Andreas Goldmann und die Witwe des früheren Gastwirts Friedrich Goldmann. Große Mengen ungedroschenes Getreide, 5 Zentner Tabak, 6 Zentner Kartoffeln, ein großer Freiriemen im Werte von 2000 Mark und Maschinenteile von größerem Wert sind außer den Gebäuden ein Raub der Flammen geworden.

— **Dessau**, 16. Nov. (Die Gasanstalt) stellt wegen Kohlenmangels ihren Betrieb ein. Wann er wieder aufgenommen wird, ist unbestimmt.

y. **Kelbra**, 16. Nov. (Das Schöffengericht verurteilte den Postanhelfer Karl Hickmann von hier wegen Unterschlagung eines Postpakets zu 8 Monaten Gefängnis.

— **Erfurt**, 15. Nov. (Ein Gerücht) Der vor einigen Wochen hier verstorbene Kommerzienrat Marbelbaum, Inhaber der Zigarettenfabrik Manoli (bulgarischer Generalkonsul), soll nicht an Herzschlag verschieden sein, sondern wegen eines Verlustes von 40 Millionen Mark im bulgarischen Tabakgeschäft sich selbst das Leben genommen haben.

Volkswirtschaft

Mehr Zucker in Sicht

Man schreibt uns: Von den im Lande erzeugten Nahrungsmitteln dürfte durch das Ende des Krieges zuerst wohl der Zucker in reichlicherem Maße für die Volksernährung zur Verfügung stehen. Deutschland hat vor dem Kriege eine Zuckererzeugung gehabt, die den heimischen Bedarf weit überstieg. Im Jahre 1912/13 fanden an Verbrauchszucker deutscher Herkunft 2,7 Millionen Tonnen zur Verfügung; der Verbrauch stelle sich auf 1,4 Millionen Tonnen, die Ausfuhr auf 1,3 Millionen Tonnen. Es wurden mithin rund 55 v. H. der Gesamterzeugung im Inlande verbraucht, während 47 v. H. ausgeführt werden konnten. Wenn trotz dieses großen Ausfuhrüberschusses im Laufe der vier Kriegsjahre eine starke Zuckerknappheit eingetreten ist, so ist die in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Heeresverwaltung für technische Zwecke große Zuckermengen in Anspruch genommen hat. Dieser Teil der Erzeugung wird demnächst wieder für die menschliche und tierische Ernährung verfügbar sein. Außerdem ist aber auch während des Krieges die Zuckererzeugung zurückgegangen. Der Mangel an Brotgetreide ließ eine Steigerung der Anbauflächen für Getreide notwendig erscheinen. Infolgedessen wurde im Wirtschaftsjahre 1915/16 die Zuckerrübenanbaufläche um nahezu ein Drittel verringert. Spätere Beschränkungen, die Anbaufläche wieder auf den früheren Umfang zu bringen, haben nur einen beschränkten Erfolg gehabt. Außerdem führte der Mangel an künstlichen Düngemitteln zu einer Minderung des Hektarertrags. Wir werden also auch in neuen Wirtschaftsjahre bei weitem noch nicht die Zuckermenge erzeugen, wie es vor dem Kriege die Regel war. Immerhin aber werden wir schon in der nächsten Zeit in der Lage sein, für die Volksernährung reichlichere Zuckermengen verwenden zu können. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Bedarf an Zucker sich durch den Krieg unter dem Mangel an Aufstrichmitteln ganz außerordentlich gesteigert hat. An der Rationierung wird man jedenfalls bis auf weiteres festhalten müssen, weil der Bedarf die verfügbaren Vorräte in der nächsten Zeit immer noch überfleigen wird.

Produktenbericht

Berlin, 16. November.

Im hiesigen Produktenverkehr beschränkten sich die Umsätze infolge der ungeklärten politischen Verhältnisse vorwiegend auf die Anschaffung des unmittelbar benötigten Bedarfes, während Lieferungsabschlüsse nur wenig zustandekommen. Für Futterartikel hält die Nachfrage an. Besonders Futterrüben, Runkelrüben und Möhren sind gesucht. Für die öffentlich bewirtschafteten Artikel bedarf es natürlich zur Lieferung der Freigabeerlaubnis. Rauhfutter bleibt im freien Verkehr nach wie vor knapp. In Saatkartoffeln hat mit dem gestrigen Tage der Abschlußverkehr, der sehr lebhaft war, aufgehört. Die schriftlichen Verträge, die einer Genehmigung des Kommunalverbandes bedürfen, müssen bis spätestens den 25. November hierzu eingereicht werden. In Gemüsesämereien ist das Angebot etwas umfangreicher. Der Verkehr in Klee- und Grassämereien ist still. Wetter schön.

Börsenstimmungsbild

Berlin, 16. November.

Der Börsenverkehr nahm auch heute im allgemeinen einen ruhigen Verlauf. Die Abschwächung der Industriewerte setzte sich anfangs in langsamem Maße, später unter stärkerem Rückgange weiter fort. Auch Werte, wie Lothringer Hütte und Rombacher, die höher einsetzten, schlossen sich später der Abwärtsbewegung an. Das Gleiche gilt von den anfangs meist gut gehaltenen Farbwerten und Elektrizitätsaktien. Erhebliche Verluste hatten wieder Bismarckhütte, Deutsche Waffen, Rheinmetall und Daimler aufzuweisen. Kaliaktien konnten sich ziemlich gut behaupten. Von Schifffahrtswerten stellte sich nur Hansa erheblich niedriger. Kohlenwerte zeigten mehr Widerstandsfähigkeit. Ausländische Papiere, wie Canada, Baltimore, Türkische Tabak-Aktien, Orientbahnaktien, konnten sich, teilweise um mehrere Prozent, bessern, ebenso auch Schantungbahnaktien. Im Anleihemarkt herrschte für deutsche und österreich-ungar. Werte ziemlich feste Steigerung. Auf englische Valuta lautende Papiere waren gebessert.

* **80 Prozent Kriegssteuerzuschlag.** Der Kriegsminister hat im Amtlich wird verlautbart: Verordnung über Sicherung der Kriegssteuer vom 15. November 1918. Die Reichsregierung bestimmt mit Gesetzeskraft was folgt:

§ 1. Die Vorschriften in §§ 2 und folgende des Gesetzes über Sicherung der Kriegssteuer vom 9 April 1917 (Reichsgesetzblatt S. 351) werden auf das fünfte Kriegsgeschäftsjahr mit der Maßgabe ausgedehnt, daß die Kriegsgeschäftsjahre in der Kriegssteuerzuschlage 80 v. H. des im fünften Kriegsgeschäftsjahr erzielten Mehrgewinnes einzustellen haben. Die §§ dieser Verordnung treten am Tage der Verkündung in Kraft.

* **Gewerkschaft Neu-Stassfurt.** Für das dritte Quartal 1918 ergibt sich ein Ueberschuß von 1 884 041 (2 608 811) M. Als Tantieme heute für das zweite Vierteljahr 1918 wurden 400 M. für Kux verteilt.

* **Moritz Jahr Aktiengesellschaft in Gera-Reuß.** Um den vorjährigen Verlustsaldo von 110 048 M. zu beseitigen, sind die Aktionäre der Gesellschaft dahin übereingekommen, eine Zuzahlung von 312 50 M. auf die Aktie zu leisten. Durch diese Zuzahlung sind der Geschäftskasse 201 562 M. zugeflossen, von welcher Summe der Ueberschuß von 91 513 M. zur Anschaffung neuer Maschinen für die Maschinenbauabteilung bereitgestellt worden ist, um die Lücke wieder auszugleichen, die durch den Verkauf von Maschinen in den beiden erfolgreichen Kriegsjahren entstanden war.

* **Harkortsche Bergwerke und chemische Fabriken zu Schwerte und Hartern A.-G.** In der Generalversammlung wurde mitgeteilt, daß seit Bestehen der Gesellschaft noch kein Betriebsjahr so günstig abgeschlossen habe wie das vorige. Die Dividende wurde auf 15 Prozent festgesetzt und daneben eine Sondervergütung von 7½ Prozent beschlossen, wovon die junge Aktien die Hälfte erhalten.

* **Kaligewerkschaft Glückauf-Sondershausen.** Die Gewerkschaft verteilt für den Monat Oktober 75 Mark je Kux regelmäßige Ausbeute.

* **Gewerkschaft Wintershall.** Die Gewerkschaft verteilt eine Ausbeute von 2000 Mark je Kux. Da sie selbst eine Anzahl ihrer Kuxe im Portefeuille hat, dürfte sie dazu nicht ganz 2 Millionen Mark brauchen, und es erklärt sich also die Ausschüttung zum wesentlichen Teil aus den Ausbeuten, die die elsässischen Verbandswerke Eugen und Theodor verteilt haben.

Gewinn-Auszug

der

12. Preuss.-Südd. (238. Kgl. Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse — 7. Ziehungstag — 15. November 1918

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen:

4 Gewinne zu 10000 M 8393 33329

4 Gewinne zu 5000 M 2626 138408

68 Gewinne zu 3000 M 2008 3835 7190 13949 19958 41915 [illegible]
85458 85947 93973 71182 71532 80494 91429 103015 113786 [illegible]
118849 118383 119579 135090 135493 137921 138430 183823 [illegible]
171159 183233 183534 187719 205581 213192 221565 233437

154 Gewinne zu 1000 M 2570 3838 8400 10141 13985 14117 [illegible]
19536 22835 23413 29015 29503 34931 35374 36488 37003 44334 [illegible]
48339 49161 51846 53718 62721 71318 71904 73436 74361 [illegible]
76788 85779 89378 92300 99244 107285 113945 114859 117123 [illegible]
133711 136443 137376 137401 139635 143824 145148 147294 [illegible]
149597 150108 156793 158081 160546 168414 163791 170559 [illegible]
175868 180314 180896 182640 187498 188581 191041 191973 [illegible]
195773 196731 199123 201790 205842 207311 209658 216578 [illegible]
224893 227393 228965

250 Gewinne zu 500 M 318 1187 4429 4548 4743 5876 [illegible]
15112 22803 24318 26234 28309 32813 33639 33132 40707 44847 [illegible]
45803 46574 47324 48607 52904 53533 56166 58187 58888 59939 [illegible]
67107 67458 69443 71944 72180 72359 77030 79227 81853 85307 [illegible]
89811 90978 93908 94847 95282 96138 96346 100430 101242 [illegible]
105077 106539 107756 110712 112468 113056 115831 115897 [illegible]
120557 127043 130149 131394 132147 132593 134198 134298 [illegible]
145287 145314 145484 146498 148110 148349 149277 152223 [illegible]
152992 155543 158578 161514 163486 167649 172572 176528 [illegible]
184633 185234 186203 190960 191503 193076 193079 193809 [illegible]
200789 202383 202449 204832 210262 211561 211365 213310 [illegible]
218022 221648 223690 224734 225537 226362 228085 228454 [illegible]
233289 233704

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 10000 M 179464

4 Gewinne zu 5000 M 83441 100685

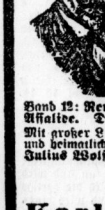
78 Gewinne zu 3000 M 2361 14679 25692 28245 28455 [illegible]
38759 57957 39458 39843 39984 46461 53318 53356 55497 [illegible]
89135 93011 96390 107231 107690 120171 132958 134274 142084 [illegible]
158611 168731 173854 176437 181318 199024 211358 213921 [illegible]
218377 227191 229275 230165

164 Gewinne zu 1000 M 5627 7310 13328 13368 14345 16515 [illegible]
17677 21700 25345 31198 33787 34609 36015 37271 43172 43257 [illegible]
47194 48581 59972 63378 64044 64714 64941 75013 76924 81831 [illegible]
89060 90124 91797 91566 94923 97945 98325 98613 113246 [illegible]
117533 117649 122374 124006 126939 129967 134085 134848 [illegible]
142899 151417 156424 157387 159813 161543 165692 167756 [illegible]
172169 172520 172683 175225 178495 179867 180493 180556 [illegible]
187848 187936 188750 190225 193090 194372 198344 199965 [illegible]
208252 215384 221527 224956 228598 227634 231056

230 Gewinne zu 500 M 18 449 1504 2290 7038 8548 [illegible]
14963 15084 17961 18970 20336 20154 20961 20961 32055 46042 [illegible]
41958 43045 43777 45110 46791 47533 53492 54601 57175 58154 [illegible]
58960 59074 60068 60449 62534 65451 65585 71072 72906 [illegible]
80863 82480 83479 86378 87313 89236 92525 99080 109812 [illegible]
113570 114503 115586 116139 119700 117453 118297 124953 [illegible]
126300 127453 128784 129413 133478 132732 133348 134483 [illegible]
140260 146201 147279 149945 152592 153484 153475 153935 [illegible]
158745 161485 161495 173271 175870 177440 179342 179356 [illegible]
182857 183143 183471 184853 187409 187498 188090 189287 [illegible]
194303 199066 201268 201803 202838 203171 203922 204196 [illegible]
211329 214538 218085 215022 218696 220564 223149 225964 [illegible]
229750 229973 231925

Hauptschriftleiter Hermann Böttcher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Hermann Böttcher, Volkswirtschaft: Ferdinand Duerkopp, für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung sowie für den lokalen Teil: Adolf Meyer, für provinzielle Nachrichten, Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen Teil: Ferdinand Duerkopp, für den Anzeigenteil: Walter Gerlach, sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Hallischen Zeitung Otto Thiele Halle a. S.
Verlagsdirektor Robert Boesch.

Bequeme Monatszahlungen!



Julius Wolffs sämtliche Werke

Herausgegeben mit einer Einleitung und Biographie von Joseph von Lauff.

Mit zahlreichen Illustrationen von hervorragenden Künstlern. Vollständig in 16 Bänden geb. 110 Mk. einschl. Teuerungszuschlag.

Band 1: Der Raubgraf. — Band 2: Der Sülmeister. — Band 3: Der Sachsenspiegel. — Band 4: Das Recht der Hagestolze. — Band 5: Die Goblinsburg. — Band 6: Das schwarze Weib. Das Wildjungfrecht. — Band 7: Zweifel der Liebe. — Band 8: Der Rattenfänger von Hameln. Tinguit, Rattenfängerlied. — Band 9: Der wilde Jäger. Der fliegende Holländer. — Band 10: Tannhäuser. — Band 11: Lurlei. Till Eulenspiegel redivivus. — Band 12: Renata. — Band 13: Die Pappenheimer. Aus dem Felde. — Band 14: Der Landstreicher von Cockem. — Band 15: Affalitre. Der fahrende Schüler. — Band 16: Nachlaß. Schauspiele. — Einzelne Bände werden nicht abgegeben.

Mit großer Liebe zur deutschen Scholle schuf Julius Wolff eine Fülle fesselnder Erzählungen und Dichtungen aus deutscher Vergangenheit und heimatlicher Kultur. Freude am Dasein, besonders am Sinnen, Trinken, Wandern und Lieben, ist der Grundzug aller seiner Werke. Julius Wolff, dessen Werke in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet sind, ist ein Meister der Stimmungsmalerei und landschaftlichen Schilderungen, wie wir deren nur wenige besitzen.

Ich liefere alle 16 Bände auf einmal gegen Monatszahlungen von 8 Mark (Postscheck-Zahlkarten unentgeltlich)

Karl Block, Buchhandlung, Berlin SW. 68, Kochstraße 9. Postscheckkonto Berlin 2079.

Bestellschein (ausgeschnitten und mit 5 Pfg.-Marke versehen an die nächstgelegene Buchhandlung einzusenden.)

Ich bestelle hiermit laut Anzeige in der Hallischen Zeitung bei der Buchhandlung Karl Block, Berlin SW. 68, Kochstr. 9:

Julius Wolffs sämtliche Werke

16 Bände geb. 110 Mk. einschl. Teuerungszuschlag.

Ich ersuche um Zusendung aller 16 Bände gegen **Monatszahlungen von 8 Mk.** Postscheck-Einzahlungsscheine kostenlos. Erfüllungsort: Berlin.

Ort (Post) und Datum: _____

Name und Stand: _____

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191811171-14/fragment/page=0004